

TOP 1: Entschließung des Bundesrates: Digitale Souveränität bei Algorithmen in Europa stärken – Marktortprinzip einführen

- Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz -

Beschluss:

1. Der Ministerrat beschließt, den Antrag "Entschließung des Bundesrates: Digitale Souveränität bei Algorithmen in Europa stärken – Marktortprinzip einführen“ beim Bundesrat einzubringen.
2. Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz erhält gemeinsam und in Abstimmung mit der Staatskanzlei, mit dem Ministerium des Inneren, dem Ministerium der Justiz und dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau im Hinblick auf das weitere Verfahren mit anderen Ländern Redaktionsvollmacht.

Erläuterungen:

Die Datenethikkommission der Bundesregierung hat am 23.10.2019 nach über einem Jahr intensiver Beratungen ihr Gutachten zur Künstlichen Intelligenz mit allgemeinen ethischen und rechtlichen Grundsätzen und Prinzipien und insgesamt 75 Handlungsvorschlägen vorgelegt

https://www.bmfv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/Gutachten_DEK_DE).

Die Entschließung des Landes Rheinland-Pfalz greift wesentliche Punkte daraus auf, bittet die Bundesregierung, die Umsetzung zu prüfen, und bekräftigt einige - auf rheinland-pfälzische Initiative - getroffene Beschlüsse des Bundesrates, der Fachministerkonferenzen und der Konferenz der Datenschutzbeauftragten zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) bzw. Algorithmen. Die Entschließung bezweckt eine ausgewogene Berücksichtigung verbraucherpoltischer und

wirtschaftspolitischer Interessen auf dem Gebiet der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz.